



nationskommissionen möge eingestellt und das notwendige Minimum an Tonnage von den bereits abgelieferten Schiffen wieder zurückgegeben werden. Eine Antwort auf diese Anregung sei bisher nicht erfolgt eine eigene Handelsflotte sei aber unbedingt notwendig für die Durchführung der Reparationsleistungen. Die deutsche Handelsflotte vor dem Kriege sei etwa 5,2 Millionen Register-Tonnen groß gewesen, heute habe Deutschland nur noch 300 000 Tonne, darunter seien nur zwei oder drei seetüchtige Schiffe. Deutschlands Ein- und Ausfuhr sei dadurch fast völlig von fremder Tonnage abhängig. Dies behindere die Wiederaufnahme des deutschen Warenhandels, sowohl des direkten, als auch des indirekten, weil Deutschland jetzt für die Frachten in fremder Währung zu bezahlen habe, während vor dem Kriege seine eigene Flotte mehr als ausreichend war für seinen eigenen ausländischen Handel und ein erhebliches Plus der deutschen Handelsbilanz durch den Transport für andere Völker lieferte. Die Zurückhaltung eines Teiles seiner Flotte würde nicht nur die Arbeitslosigkeit in den Kreisen der seemannischen Bevölkerung, sondern auch der industriellen Arbeiterschaft überhaupt erheblich vermindern. Auf solche Weise würde nicht nur dem Interesse Deutschlands gedient werden, sondern auch dem der Alliierten und schließlich auch der ganzen Welt.

### Deutschlands Wirtschaftslage.

Brüssel, 10. Dezember. (W.Z.) Wie bereits gemeldet, waren die beiden ersten Sitzungen der Brüsseler Reparationskommission fast ganz durch eingehende Darlegungen des Staatssekretärs Schröder vom Reichsfinanzministerium und des Präsidenten der Deutschen Reichsbank Havenstein ausgefüllt. Ueber die Ausführungen ist noch folgendes zu berichten, was geeignet ist, einen Ueberblick über die gegenwärtige deutsche Finanzlage zu geben.

#### Staatssekretär Schröder.

Der in seinen Ausführungen häufig auf die den Alliierten vorgelegten Drucknoten Bezug nehmen konnte, ging bei seinen Ausführungen von dem Ansehen der deutschen Schweden-Schuld aus. Diese hat von April 1919 bis Ende November 1920 in ständiger Progression sich gesteigert, ja mehr als verdoppelt, und betrug Ende November 147 Milliarden, die sich bis zum April 1921 noch um weitere 25 Milliarden vermehren werden. Nach den Berechnungen kommt die Steigerung allein in den Monaten seit Ende April dem Jahresanfang der gesamten deutschen Schuld vor dem Kriege gleich. Daneben ist der Papiergeldumlauf, der im November vorigen Jahres 76,5 Milliarden betrug, im letzten Jahre allein um 26,5 Milliarden, das heißt um fünfmal so viel gestiegen als der gesamte Umlauf von Metall- und Papiergeld vor dem Kriege.

Unter Anerkennung des sich daraus ergebenden Ernstes der Lage sah sowohl Staatssekretär Schröder wie Reichsbankpräsident Havenstein der Ansicht aus, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Verkauf Deutschlands in völlige Assignatenwirtschaft und damit der praktische Bankrott vermieden werden könnte. Als Mittel bezeichnete sie vor allem Arbeit und Sparsamkeit nicht nur in Staats-, sondern auch in Privatwirtschaft, daneben Organisationsverbesserung und Müdigkeitsnahme auf die Lage Deutschlands bei Vermehrung der Kriegsschuld, die entsprechend der Auslieferung des Friedensvertrages.

Staatssekretär Schröder stellte in seinen weiteren Ausführungen eine ganze Reihe von Einzelheiten über die deutsche Finanzlage mit. Die Steuererlässe

sind erheblich beständig geworden. Namentlich die Einkommensteuer hat sich seit Einführung des Abzuges von 10 Proz. von allen Arbeitseinkommen vervielfacht, sie betrug im Oktober über eine Milliarde gegenüber 200 Millionen im Juli. Nach einem vom Staatssekretär Schröder angeführten Beispiel sind bei der überhöht genannten deutschen Bevölkerung unter Umständen frühere Millionäre, ohne daß sie sonstige Vermögensverluste erlitten haben, nicht mehr in der Lage, mit ihren durch Abzug bis weit über die Hälfte gesunkenen Einkommen ihren früheren standard of life aufrecht zu erhalten, selbst wenn man das Sinken der Kaufkraft des Geldes außer Acht läßt. Durch diese scharfe Anspannung ist aber nach Staatssekretär Schröder Ansicht immerhin einige Hoffnung gegeben, daß der ordentliche Staat trotz der momentanen infolge des Krieges der Schulden zu erwartenden weiteren Mehrbelastung in diesem Staatjahre wieder balanciert.

#### Das Defizit der Eisenbahnen und Post

mit 20 Milliarden erklärte Staatssekretär Schröder vor allem mit den ungeheuren Kosten der Erneuerung des im Kriege abgenutzten Materials und der erheblichen Erhöhung aller laufenden Ausgaben.

daneben mit der Steigerung der Gehälter und Löhne. Für 1922 rechnete er mit einer Verminderung des Defizits, so daß er die Hoffnung hat, daß in nicht allzu ferner Zeit die Betriebserwartungen ihre Ausgaben aus laufenden Einnahmen decken werden.

Dagegen ist Deutschland bisher für die Bezahlung der privaten Lieferanten für aus dem Friedensvertrag zu tätigen Leistungen auf die Notenpresse angewiesen, ein Zustand, der nach Staatssekretär Schröder Ansicht sobald als irgend möglich beseitigt werden muß, oder nur mit Hilfe der Alliierten beseitigt werden kann. Gerade diese Forderungen beweisen daß er die Hoffnung hat, daß in nicht allzu ferner Zeit die Möglichkeiten des Budgets begrenzt ist.

#### Reichsbankpräsident Havenstein

gelange in seinen Ausführungen, die der Vorsitzende als „dunkel, düster und interessant“ bezeichnete, zu einem ähnlichen Ergebnis. Er schilderte die Rückwirkung des progressiven Wachstums der schwedischen Schuld auf die Kaufkraft des Geldes nach dem Stande der Valuta. Ein weiteres Sinken der Valuta werde die Kaufkraft unseres Geldes im Inlande immer mehr seiner Weltmarktkaufkraft anpassen. Damit sei die Gefahr eines noch weiteren Sinkens herbeigeführt. Rußland, Oesterreich und Polen seien die Wegweiser auf abwärtsgerader Bahn, und Oesterreich sei Deutschland in diesem Sinne nur immer einesthalb Jahre vorausgewesen. Die

#### Sinkung der Notenpresse

sei, wie die Internationalen Finanzkonferenzen in Brüssel anerkannt habe, die erste Voraussetzung zur Besserung. Vorkäuflich sei aber das ständige Sinken der schwedischen Schuld das Barometer des Auslandes, das als ständiger Druck wirke, und vor allem die deutsche Zahlungsbilanz, die infolge des Verlustes aller Stützpunkte des Außenhandels und der Handelsflotte, sowie infolge der Beschlagnahme des deutschen Vermögens mit der schon im Frieden einen Einflußbereich von 700 Millionen Mark umfassenden Handelsbilanz identisch geworden sei, in höchstem Maße passiv. Die Handelsbilanz der Monate Januar bis Juni 1920 weise entgegen der bisherigen unangenehmen deutschen Handelsbilanz, welche der Internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vor einigen Wochen vorgelegt wurde, ein Passivsaldo zu Lasten Deutschlands von nicht weniger als 37 Milliarden Mark am 1. Juli d. J. auf, der sich vorwiegend in den folgenden Monaten wohl noch um weitere je sechs Milliarden steigern werde, und schon im ersten Halbjahr 1920 hätten wir das Gesamtsaldo der deutschen Schuld an das Ausland auf mehr als 50 Milliarden sehen müssen.

#### Die deutsche Mark

sei auf dem Weltmarkt außerordentlich empfindlich geworden. Im Mai habe man nur 33 M. für einen Dollar bezahlt, im Juli 42, jetzt 75 (am 12. Dezember waren es sogar 87 M.). Diese Verschlechterung der Mark sei im wesentlichen die Folge davon gewesen, daß seit August infolge der schlechten Ernte für die Einfuhr von Lebensmitteln und Fleisch und gleichzeitig für die bare Abdeckung des Clearingaldos große und wachsende Mengen von Zahlungsmitteln erforderlich wurden. Die Inlandsvaluta rege zudem noch künstlich zum Export an und bringe damit Deutschland zu Unrecht in den Vorwurf des Dumping. Das Traurigste und Grinste sei aber, daß die Einfuhr der notwendigen Lebensmittel und Rohstoffe bereits eingeschränkt werden müsse. Es könne noch so kommen, daß die Einfuhr nach Deutschland nur noch im Wege des Tauschhandels möglich sein werde. Dann werde aber das wirtschaftliche Schicksal Deutschlands entschieden sein.

### Parteien und Interessenten.

In der „Vossischen Zeitung“ erzählt Georg Bernhard, nach der Rede Rathenau auf dem Rürnberger Demokratentag habe ein in der Partei sehr mächtiger Bankdirektor erklärt, wenn Rathenau in der Partei eine Rolle zu spielen begänne, so würden ihre potentesten Geldgeber streiken. Auf ähnliche Urteile führt Bernhard die „Eifersucht“ der Reichstagsparteien auf den Reichswirtschaftsrat zurück. An sich, meint er, wäre es ja verstandig, wenn die Interessenten Gelegenheit fänden, im Reichswirtschaftsrat direkt ihre Interessen zu vertreten. Aber was würde der Interessent dann noch in die Parteirolle gehen?

Georg Bernhard also, der Mitglied der Demokratischen Partei ist, erklärt klipp und klar, daß die Interessenten die Parteien finanziell unterstützen, um dafür von ihnen ihre Interessen vertreten zu sehen. Man erfährt auf diese Weise, wie die Ueber-

Ich ging in einen Laden und kaufte — wiewohl ich mir als Selbstbediener dieses strahligen Luxus wohl bewußt bin — ein halbes Pfund Walnüsse. Die toten sechs Mark, ehemals fünfzig Pfennige. Vermutlich sind die Betriebskosten so sehr gestiegen, und der alte Walnußbaum fordert unterschätzte Arbeitslöhne. Die Walnuss besteht bekanntlich aus einer ungenießbaren Steinshale und einem genießbaren Kern. Das ist ein Irrtum; früher war das vielleicht so. Diese Walnüsse aber waren ausgefuchst, modrige Nüsse, meist ohne Kern. Innen war nichts, oder ein so fragwürdiges Inhabt, daß man dem lieben Gott, der ein anständiger Produzent ist, sich eine Dredarbeit nicht zutraut. Der zwanzigfache Preis und dennoch raffiniert gestiebter Schund — das ist Menschenweiz!

Von Walnüssen lang man nicht verlangen, daß ihre Schale die Erzeugerstelle nennt! Deshalb halte man sich, wenn der Produzent nicht zu ermitteln ist, an den seine Unschuld betauernden Händler und mache ihn madig, wie seine Früchte sind. D. R.

### „Wallensteins Tod“ in der Volksbühne.

Friedrich Kasper spielt den Wallenstein. Er will eine kranke Menschennatur zeigen und aus den Schillerischen Jamben alles schöpfen, was die geschichtliche Gestalt dem bürgerlichen Verständnis nahe bringt. Er will aus Wallenstein keinen Soldaten machen, der fast seines Weges geht. Hausvater, Feldherr, Verräter, Sternendecker, schließlich Bischof — dieser Mann mit einer gewissen Beharrlichkeit. Kasper wird zum höflichen, beinahe zum jugendlichen Wallenstein. Als Raftandoly schon krank war, legte er einen sehr bitteren und düsteren Ton auf jedes Wort des Friedländers. Kasper sucht gerade nach Mitteln, um dem tollenden Mann bis zum letzten Augenblick eine gewisse Gelassenheit zu bewahren. Wenn ihm seine Getreuen den Vortrag der Götter vorhalten, dann springt er wie ein verwundeter Stier auf und brüllt: „Die Götter, lägen nicht!“ Er ist ganz zuversichtlich, die sich bis zur besten letzten Bläulichkeit steigern kann. Solche Entstellung verleiht dann leidlich die tragische Tragiklichkeit mancher poetischen Momente zu überbrücken, eine etwas zu leichte Haltung allzu bewußt einzunehmen und die ganze Rolle schließlich in ein Gebiet des Tügeselchens hinunterzubilden, in dem sie nur mit einiger Gewalt anzufassen ist. Die Rollen des Spielers betreffen sich dann. Der ohnmächtige Mann, der zu seinem letzten, langen Schicksal abgeht, vertritt seine tragische Natur mit bester gelassener Innigkeit. Aber die letzten Gründe seines Todes kommen nicht wirklich genug, weil er eigentlich nur in die entscheidende Tragik hineinklopert. Es war Schillers Traum vom fallenden Wallenstein leichter, als Kasper ihn verwirklicht. Kasper wollte, er konnte vielleicht auch nicht, keine gesunde Natur ins Dunkel verwankele, wie es wunderbar der sinkende Raftandoly tat, den die grauliche Natur schon entwürgelt hatte.

Die Aufführung der Volksbühne brachte Walter Kemmer, einen neuen Mag Piccolomini. Er spielt bis jetzt nur leicht. Die

zeugung entsteht, aus der heraus die Parteien „für das Gemeinwohl“ handeln. Der Parteitag gilt jenen Kreisen als eine Versicherungstranche gegen zu hohen Steuerdruck und sonstige Unannehmlichkeiten der Beschneidung. Und da man kaumwahrnehmlich zu denken gewohnt ist, zählt man eben nur so lange ein, als sich die Sache rentiert.

Gegen solche Nachsichten wäre die arbeitende Bevölkerung ohnmächtig, ohne eine große durch ihre Vertikale selbstorganisierte politische Organisation. Nur mit ihrer Hilfe vermag sie den Kampf gegen die Stipendiaten des Kapitals auszufohren und erfolgreich durchzuführen.

### Provinzialparteitag für Brandenburg.

Am Sonntag fand in Berlin der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirksverband Brandenburg statt, um Stellung zu den bevorstehenden Provinzial- und Landtagswahlen zu nehmen. Aus dem Bericht des Bezirksverbandes ging hervor, daß die Organisation in gutem Ausfließen begriffen ist. Seit April d. J. sind etwa 110 neue Ortsvereine entstanden. Die Organisation der Unabhängigen ist dagegen fast überall zusammengebrochen. Vielfach sind die Ortsgruppenvorsitzenden von der U.S.P. wieder zur alten Partei übergetreten und haben erklärt, daß sie eingesehen haben, welche Arbeit sie früher begingen.

Die Aussprache zeigte lebhaften Kampfsinn aller Parteigenossen, die im Vortrag stehen, den Groß-Wahltag im Februar würdig vorzubereiten. Es wurde beschlossen, sämtliche Wahlvorschläge, auch die zu den Provinzial- und Landtagswahlen, mit dem einheitlichen Kennwort „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ zu bezeichnen. Noch längerer Aussprache wurden die Wahlvorschläge zur Landtagswahl in folgender Reihenfolge festgestellt:

#### Wahlkreis Potsdam:

1. Eisinger-Verlin, 2. Wendt-Verlin, 3. Goullier des Landarbeitersverbandes, 4. Weinkämpfen - Brandenburg, 5. Haenisch-Berlin, 6. Jahnke-Spandau, 7. Simon, Anna, Brandenburg, 8. Buschid-Verlin, 9. Sailer-Ludowikow, 10. Bruns-Verlin, 11. Kempfens-Spandau, 12. Marasch-Jüterbog, 13. Dr. Joch-Berlin, 14. Wendt-Neuruppin.

#### Wahlkreis Frankfurt a. O.:

1. Haber-Frankfurt, 2. Heilmann-Verlin, 3. Pöbel-Berlin, 4. Bräuner-Verlin, 5. Schadow-Ratibuz, 6. Hoffmann-Guben, 7. Gehler-Beignitz, 8. Dahlenburg-Senftenberg.

Der Provinzialparteitag nahm ferner eine Resolution zur Volksabstimmung in Oberschlesien an, in der er bedauert, daß nicht in allen von Deutschland losgerissenen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht in Anwendung gebracht worden ist. Den in Oberschlesien weilenden Volksgenossen entbietet der Parteitag herzliche Grüße und hofft, daß am Abstimmungstage sich die große Mehrheit der Bevölkerung für die deutsche Republik erklären wird. Die im übrigen Teil Deutschlands wohnenden Oberschlesier fordert der Parteitag dringend auf, seine Unannehmlichkeiten zu scheuen und am Entscheidungstage ihre Pflicht zu erfüllen.

In einer weiteren Entschließung nimmt der Parteitag Stellung zur Entlassung der Zivilbevölkerung und stellt fest, daß immer noch Waffen bei den Selbstschutzorganisationen vorhanden sind und daß der Verrug auf Auflösung der Organe noch immer nicht ausgesprochen worden ist. Er richtet an die Regierung die Aufforderung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen diese straffälligen Elemente vorzugehen. Mit einem anfeuernden Schlusswort des Genossen Sidow als Vorsitzenden wurde der Parteitag gegen 5 Uhr abends geschlossen.

### Spaltung der belgischen Sozialisten.

Paris, 20. Dezember. Wie dem „Temps“ aus Brüssel mitgeteilt wird, hat sich eine Spaltung der belgischen sozialdemokratischen Partei vollzogen. Das Organ der Minorität der belgischen Sozialdemokratie, „L'Exploité“, veröffentlicht eine gemeinsame Erklärung der Führer der Minorität, in der gesagt wird, sie seien infolge des Beschlusses des am letzten Sonntag abgehaltenen Parteitages gezwungen, aus der belgischen Arbeiterpartei auszutreten. Es sei nicht angängig, einen großen Teil der belgischen Sozialisten die Handlungs- und Gedankenfreiheit zu nehmen, wie es der Beschluß des letzten Parteitages vorsehe.

härmlich, aber mechanisch geschüttelten Boden unter der toten Veride sind bis jetzt nur das Sinnbild seines Könnens. Der Regisseur mühte sich, er mühte seine Stimme tiefen. In Kemmer lobert nur geringer Trieb; er scheint aber gelehrt zu sein. Aus ihm ist noch vieles herauszubolen, was in Francklin v. Du-Long, der Thella, nicht lebt. Die Gräfin Terzky der Frau Pechmer verliert alle Klingheit und in der stöhnenden Abrechnung des Schlusses des Herz, das die Empfindung dieser reisen Künstlerin beseht.

Das menschliche und soziale Material der Volksbühne reicht nicht überall aus. Sie mühte den Cestasio Piccolomini und den Herzogin Friedland allzu schwachen Künstlern anvertrauen. Sie mühte an den Proseperwandern sparen, was einige Illusionen trübte. Die Komperle der Poppenheimer Hand allzu bühnenfremd und stockbeinig im Giede. Dann aber war das Gemach, das Wallensteins letzte Tragik beherbergt, mit altertümlicher Stimmung und schicksalsschwerer Dämmerung reichlich und festher erfüllt. Mag Hochdorf.

Die Berliner Ortsgruppe des Volksbühnenbundes, die laut Programm „Theaterpflege im deutsch-deutschen Volksgemein“ treiben will, veranstaltete am Sonnabend eine Eröffnungsvorstellung im Reichstheater. Was die Gründer unter der Leitung deutscher Bühnensucht gemeint haben mögen, da doch weder unsere ganz und gar nicht national und wirklich gesamtdeutsche Künstler noch die gern spätere dramatische Dichtung in Deutschland solchen Tendenzrichtungen genossen, bleibt einigermaßen unklar. Nicht einmal zur Eröffnungsvorstellung hat man ein passables Schauspielwerk heranzubringen können. Das kleine 1802 von Goethe geschriebene Schauspiel „Was wir bringen“ ist nämlich farblos und neutral. Und was dann folgte, die „Christi-Comödie“ des ebrenwertigen Johann Hübnert, der am Ende des 17. Jahrhunderts in der Wetzlarer Domschule des Exerter schwann, fecht im besten Falle nur ein antiquarisch gelehrtes Interesse, als Reklamation für den geliebten Reichstheater domänen deutschen Reichstheater. Die Köhne und innig lebende von der Geburt des Jesuskindes wird da mit einem langweiligen plumpen Possen- und untermeint, der jedes wärmere Gefühl erlöset. Das hässliche Illustrierte Oberwech des Verbleibener Deckerbergers, ein schwadronierender Hausnach und ein menschenverächtlicher dichter Ebertenfel spielen da eine große Rolle. Auch kann der fromme Engel Gabriel es nicht unterlassen, die Herten auf die Höhen des Unglaubens hinanzuführen. Nur die alten Weisen werden zum Dergen. Am Schluß sangen die Ausdauer das Volkslied mit. Die Aufführung unter der Regie Hof, G u n o l d s hielt sich auf anerkanntem Niveau, dr.

Theater. In der Komischen Oper soll ein Fabelnarr sein: ein Dierker, ein Nach-Comedian und „Der Kunst der Zahl“ ein „mit Wohl Deutsch als Titel“ — Am Central-Theater hat die 100. Aufführung von „Franz Biberl“ statt.

In dem Bericht über den Ginstersabend des „Gleichen Theaters“ haben zwei bemerkenswerte Druckfehler: Es darf nicht die Reklamations- an die Hand, sondern die Reklamations- Reklamations- an die Hand nicht den Sinn für Sozialisten, sondern für Sozialisten.

## Leiden des Konsumenten.

### Kleine Beispiele.

In dieser letzten, gnadenpendenden Weihnachtszeit wird der Käufer Anforderungen machen, das ihm die Haare zu Berge stehen.

Ich ging in einen Laden und kaufte eine Zahnbürste und führte sie ihrer Bestimmung zu. Bei dem ersten kräftigen Schrubben blieben mir ein paar Borstbüschel im Munde, an denen ich beinahe erstickt wäre. Nach Beendigung der Zahneinigungsprozedur war die Bürste halb entborstet. Da erkannte ich, daß die Bestimmung der Zahnbürste nur scheinbar die Zahneinigung, in Wahrheit aber die Entborstung ist. Außerdem hat die Worte den Zweck, einen möglichst hohen Preis zu haben; diese kostete 5 Mark und 50 Pfennige.

Verachten wir die Folgen: Ich muß eine neue Zahnbürste kaufen; ich brauche sie, ich bin auf sie angewiesen, ich bin, wenn auch ein Selbstbediener, so doch ein Kulturmensch. Ich gehe in einen anderen Laden — halt! Wer oder was schützt mich davor, daß ich nicht wieder eine Zahnbürste kaufe, die, in Wasser gewaschen, ihre Haare lüßt? Eine Probe ist nicht statthaft. Schimmer noch: Wer oder was schützt mich davor, daß ich ein Erzeugnis des gleichen unglücklichen, betrügerischen Zahnbürstenfabrikanten kaufe? Selbst wenn ich wüßte, daß die zweite Zahnbürste des gleichen Fabrikanten ebenfalls wäre, ich kaufte sie nicht. Denn ich will leben, worauf der gewählte Konsument ein unveräußerliches Recht hat: Ansel! Ich tue sie, indem ich den Fabrikanten kopplattiere. Heuchelste Anzweck! Ich weiß ja gar nicht, wie er heißt! Auf der Zahnbürste ist die Aufschrift nicht ersichtlich; sie ist anonym. Nichts kann ich tun, gar nichts; der Konsument ist der anonymen Ware ausgeliefert.

Darum, Konsumenten, fordert die Aufhebung der Anonymität der Ware! Kaufe kein Erzeugnis, dessen Fabrikationsursprung ihr nicht kennt!

Ich ging in einen Laden und kaufte mir eine Tinte, die allerfeinste, die es gibt, violette Salonlinie, eine alte renommierete Marke. Zu Hause angelangt will ich schreiben. Ich Lot! Als ob Tinte zum Schreiben da wäre! Die violette Salonlinie schreibt nicht; sie stößt aus der Feder wie blaues Wasser und verschwand auf dem Papier, müßterde wie sympathetische Tinte, die für Geheimschriften bestimmt ist. Ob der Detaillist, ob der Fabrikant die Tinte bis zur Unbrauchbarkeit verwässert hat, weiß ich nicht. Ich halte mich an den Fabrikanten, der diesmal, Gott sei Dank, nicht anonym ist, und über meine Konsumentensache, indem ich jetzt nur noch die Tinten der Konkurrenz kaufe.

# Aus Kahr's „Ordnungsstaat“.

München, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Hier stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäschereibetriebe im Streit. Sie fordern lediglich die Anerkennung des von der Vordereingangsstelle gefällten Schiedsspruchs. Weitem feil stand der Arbeiter Franz Meider vor dem Betriebe der Firma Andreas Reimel Streikposten. Es kam nicht das geringste Ungehörige vor. So fuhr in der siebenten Stunde ein Auto vor, heraus sprang ein Mann, der nach dem Streikposten rief. Meider gab sich zu erkennen. Darauf zog der Mann zwei Revolver. Legte einen davon Meider auf die Brust und verlangte, Meider solle sofort in sein Auto steigen. Meider weigerte sich. Darauf trat der Mann fünf Meter zurück und schuß. Die Kugel ging fehl. Sodann trat der Revolverheld an den Arbeiter und setzte ihm die Waffe auf die Brust. Meider weigerte sich übermal, seinen Posten zu verlassen. Darauf ließ der Revolverheld von dem Arbeiter ab und begab sich mit dem Besitzer der Wäschefabrik in das Haus. Der Revolverheld wurde festgehalten als ein Herr Perstl, der ein Hotel in der Zimmerstraße besitzt. Bei der Abfahrt rief Perstl dem Meider zu: „Mein lieber Freund, seien Sie froh, daß ich Sie nicht ganz erschossen habe.“ Das Vorgehen Perstls war augenscheinlich darauf angelegt, den Streikposten zu einem Gegenangriff zu provozieren. Der Berichterstatter des „Vorwärts“ verjagte Perstl zu sprechen. Dieser ließ auch durch seine Ehefrau sagen, er werde Bescheid geben. Die Forderung wurde nicht gehalten. Der Vorfall ist der Polizei gemeldet. In Perstls Restaurant verkehren die Cafetier und Orgelkünstler.

München, 20. Dezember. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Polizeipräsident Voener handelte die Fremdenpolizei in einer Weise, die der Fremdenverkehrsverein des Münchener Zentralvereins am Sonnabend auf seiner Tagung als ein Unheil bezeichnete. Voener läßt Fremde abschieben, die völlig einwandfrei sind und überdies sonst in Deutschland sich unangelegentlich aufhalten können.

## König Konstantin in Athen.

Athen, 20. Dezember. König Konstantin ist gestern vormittag hier eingetroffen. Er begab sich zunächst zur Kathedrale und dann in den königlichen Palast.

## Die neuen Berliner Steuern.

Das der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat zugegangene Steuerbescheid soll in den noch vor Weihnachten anberaumten Sitzungen zur Verhandlung gelangen. Wir haben die neuen Steuerentwürfe bereits kurz erwähnt. Unter ihnen ist auch eine

### Wohnungssteuer

vorgesehen. Danach wird für jeden Raum einer Wohnung, der die Zahl der zum Hausstand des Wohnungsinhabers gehörigen Personen (Normalbedarf) übersteigt, eine Steuer erhoben, deren jährliche Höhe beträgt:

Für 1 Wohnr. über den Normalbedarf	0 Mark
2	500
3	1000
4	2000
5	5000
6	10000
Jeden weiteren Wohnraum	5000 M. mehr.

Als Wohnräume gelten nicht Küche, Bad, Flur, Keller und unbewohnte Bodenträume, ferner Räume mit weniger als zwölf Quadratmeter Bodenfläche und unter 2 1/2 Meter Höhe. Die Wohnräume der Hausgehilfen sind dabei ohne Rücksicht auf Größe und Höhe den Wohnräumen der Familie hinzuzurechnen. Untermieter, die nicht die häusliche Gemeinschaft des Wohnungsinhabers teilen, gelten als besonderer Hausstand.

Räume, die ausschließlich oder vorwiegend zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken benutzt werden, z. B. Speckzimmer der Anwälte, Wartezimmer der Ärzte, bleiben für die Berechnung der Steuer unberücksichtigt. Auch gewerblich vermietete Räume werden dem Vermieter nicht als Wohnräume angerechnet; dagegen werden die Untermieter solcher Räume als Hausstand betrachtet, falls sie dauernd in Berlin ansässig sind.

### Die Steuer auf Hausangestellte

soll von den Haushalten entrichtet werden, und zwar beträgt die Steuer für den ersten Angestellten jährlich 100 M., für den zweiten 500 M., für den dritten 1000 M., für den vierten 2000 M. und so fort.

Steuerfrei ist das Einkommen eines Hausangestellten, wenn der Haushalt aus mehr als drei Personen mit zusammen nicht mehr als 20 000 M. Einkommen besteht. Steuerfrei bleiben auch Haushalte mit mehr als 5 Personen und 30 000 M. sowie mit mehr als 7 Personen und 40 000 M. Gesamteinkommen sowie steuerlose Haushaltungen mit einer Haushälterin, die für die Führung der Wirtschaft unentgeltlich ist, z. B. beim Vorhandensein von Kindern und kranken oder gebrechlichen Personen.

Die Vorlage über eine zu erhebende Fremdensteuer sieht eine Wohnsteuer für vorübergehende Ausländer in Höhe von 10 Proz. des Zimmerpreises vor. Diese Steuer ist von den gewerblich tätigen Vermietern im Preis mit einzubeziehen und an die Steuerbehörde zu entrichten. Daneben ist eine Schanksteuer für Bier vorgesehen, die für die Erlaubnis zum Betriebe einer Gastwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein und Spiritus zu zahlen ist und deren Höhe zwischen 800 und 10 000 M. schwanken kann.

Und zuletzt erwähnen wir die häusliche Einkommensteuer auf den von der Reichseinkommensteuer freibleibenden Teil des Einkommens, sofern der Steuerpflichtige nicht mehr als 10 000 Mark jährlichen Gesamteinkommens hat.

Die Vorlagen werden wohl zunächst an die Ausschüsse gehen; sie müssen jedoch im Prinzip noch vor dem 31. Januar beschlossen werden, weil bis zu diesem Termin die Anmeldung bei der Reichsbehörde zu erfolgen hat.

An der Finanzdeputation, die sich bereits mit der Forderung der Gemeindeeinkommensteuer beschäftigt hat, wurden besonders schwere Bedenken gegen die vom Magistrat vorgeschlagene rückwirkende Kraft vom 1. April 1920 ab erhoben. Von Seiten des Magistrats wurde betont, daß die Steuer in ihrer vorläufigen Form nur für 1920 beschlossen werden sollte, für 1921 komme eine neue Steuerentwurf. Die untere Einkommensgrenze von 10 000 M. bei der nach der Vorlage des Magistrats die Gemeindeeinkommensteuer auf den einkommensteuerfreien Teil gelegt werden soll, wurde fast alleseitig als zu niedrig bezeichnet; die Finanzdeputation beschloß, einen Unterschied zwischen Verheirateten und Unverheirateten zu machen und für Unverheiratete die Gemeindeeinkommensteuer bei einem Einkommen von 14 000 M., bei Verheirateten bei einem Einkommen von 20 000 M. beginnen zu lassen. — Auch die Beratung der Wohnungssteuer wurde in der Finanzdeputation am Sonnabend abend begonnen. Vom Magistrat wurde darauf hingewiesen, daß die Wohnungssteuer auch den Zw. d. verleiht, Wohnungen und Zimmer zur Verleihe u. a. der Wohnungsnot freizumachen; in dieser Frage würden Steueramt und Wohnungsamt zusammenarbeiten. Auch wurde von den Stadtverordneten darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Berechnung der steuerpflichtigen Zimmerzahl, der über den sogenannten Normalbedarf hinausgehenden Wohnräume, ein Unterschied gemacht werden müsse zwischen kleinen Kindern, die in einem Zimmer schlafen können, und erwachsenen Familienangehörigen,

die nach Geschlechtern getrennt werden müßten. Auf jeden Fall enthalte die Steuerordnung eine Reihe von Härten, die gemildert werden müßten. Die weitere Beratung der Steuerentwürfe wurde auf Mittwoch vertagt.

# Groß-Berlin

## Zur Oberbürgermeisterwahl.

Die „Freiheit“ sucht den „Machtsozialisten“ dafür, daß sie im Aussch. für den Römmerer Vöhl als Oberbürgermeister eingetreten sind, allerlei unansehnliche Motive unterzuschleusen. Es sei unserer Fraktion schon in früheren Stadien der Wahl mit den Unabhängigen nicht besonders anheimeligen gewesen und sie habe daher nur auf die erwünschte Gelegenheit gewartet, um sich von den lästigen Fesseln zu befreien.

Über diese Deduktion der „Freiheit“ werden unsere Leser lachen, um so mehr, als noch hinreichend bekannt sein dürfte, daß wir uns auch in den früheren Stadien der Verhandlungen mit den Unabhängigen höchste Freiheit der Entscheidung gewahrt haben.

Aber an das, was uns die verehrte „Freiheit“ unterstellt, glaubt sie im Ernst selbst nicht, sie will ihren Lesern nur vorläuschen, als ob unsere Stellung zur Kandidatur Vöhl nicht von sachlichen Motiven diktiert worden sei. Denn der „Freiheit“ ist doch wohl ebenso gut wie uns bekannt, daß auch in der unabhängigen Fraktion über die Kandidatur Dr. Vöhl zum Oberbürgermeister keine so einseitige Auffassung bestand.

Was will die „Freiheit“ aber gar durch die Wiedergabe einer Zuschrift zur Oberbürgermeisterwahl beweisen, in der zunächst unser Eintreten für Vöhl als ein „glatter Verrat“ gekennzeichnet und dann auf die Tatsache verwiesen wird, daß unsere parteigewöhnlichen Oberbürgermeister Leinert und Scheidemann auch keine entsprechende Verwaltungslaufbahn absolviert hätten. Daß die „Freiheit“ jene Zuschrift ohne Kommentar wiedergibt, kennzeichnet ihre ganze Einschätzung dieses wichtigen Berliner Oberbürgermeisteramts. Denn wer Kassel und Hannover mit einem Riesengemeindefiskus wie Berlin in Parallele bringt und völlig außer acht läßt jene gewaltige Verwaltungslast, die hier erst noch zu bewältigen ist, bevor überhaupt von einem ordnungsmäßigen Funktionieren des gesamten Apparats gesprochen werden kann, von dem kann man schließlich eine objektive Würdigung des Verhaltens unserer Fraktion nicht erwarten.

Die sozialdemokratische Fraktion ist ehrlich genug, zu bekennen, daß auch eine langjährige kommunale Tätigkeit oft nicht genügt, um einen Mann für eine so ungeheure Aufgabe für befähigt zu halten.

## Protestversammlung der Auslandsdeutschen.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die vom Bund der Auslandsdeutschen einberufene Versammlung, welche am Sonntag im Circus Ruch tagte. Der erste Redner, Herr Schäfer, sprach lebhaft darüber, daß die Regierung den Auslandsdeutschen bisher zu wenig gerecht geworden sei. Tausende hätten ihre Vorkriegsschuldung noch nicht erhalten und jetzt komme die Regierung mit einer neuen Gesetzesvorlage für die Endentschuldigung, gegen die man entschieden Stellung nehmen müsse. Nach dem Entwurf würde es drei Klassen Entschuldigungsberechtigter geben, einmal die aus den abgetretenen Gebieten, dann Kolonialdeutsche und schließlich Auslandsdeutsche. Wir protestieren dagegen, als Deutsche derter Klasse handelt es sich um werben! (Stürmischer Beifall.) Wir fordern gleiche Rechte für alle!

Hierauf sprach Reichstagsabgeordneter Bornstein, der zunächst hervorhob, daß es sich bei der in Rede stehenden Entschuldigung um keine Parteifrage handle. Wo das Haus brenne, müsse gerettet werden, ohne nach der Partei des Besitzers zu fragen. Ja, glaube, daß eine Drittelung in dem vom Vorredner angenommenen Sinne der Regierung fatal sei, es ist wohl nur eine gebotene Behandlung für nötig befunden worden. Wir würden als Sozialdemokraten jede Ungerechtigkeit entschieden bekämpfen. Zu unterstützen ist in gerader Weise nach dem Bedürfnis. (Stürmischer Beifall.) Bedenken Sie andererseits auch, daß wir vor leeren Taschen stehen und daß sich die vorerwähnte, außerordentlich ernste Frage nicht durch Anwartschaften lösen läßt. Wachen Sie ihre Forderungen wirkungsvoll, aber sachlich und in Ruhe geltend und Sie können sicher sein, daß der Erfolg nicht ausbleiben wird.

Nach Bornstein sprachen noch andere Abgeordnete. Dann wurde eine Resolution angenommen, welche sich dagegen wendet, daß in dem berechneten Gesetzentwurf die Auslandsdeutschen an letzter Stelle stehen und die volle und wirkliche Entschuldigung, sowie bei der Festsetzung Einräumung weiterer Mitwirkung verlangt.

Die noch mitteilend wurde, hat die Regierung zugesagt, eine Abordnung der Auslandsdeutschen zu empfangen.

Nach Schluß der Versammlung blieben die Versammelten einen Demonstrationzug, der sich vom Lustgarten aus nach „Unter den Linden“ und von dort durch die Charlotten- bis zur Lindenstraße bewegte; hier löste er sich auf.

## Verhaftung eines Ehepaars.

Unter dem Verdacht schwerer sittlicher Verfehlungen sind der etwa 30 Jahre alte Ingenieur und Motorenfabrikant Emald Franz, ein vielfacher Millionär, und seine 23jährige Ehefrau Hedwig auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Beide Eheleute, die seit etwa anderthalb Jahren verheiratet sind, haben junge Söhne, die sie in der besten Gesellschaft lernen lernten, nach ihrer in der ersten Ehe des Hauses Ausführenden 24 beletzten, sündlich eingerichteten Biergeizzimmerwohnung ein. Dort sollen sie ihre Opfer durch bühnende Mittel, sündige Einwirkung und Anwendung von Gewalt ihren unsittlichen Zwecken gefügig gemacht haben.

## Der „goldene Sonntag“ der Einbrecher.

Die ungeliebten „Kunden“ haben auch in der Nacht zum goldenen Sonntag an vielen Stellen die Geschäftstüre wieder gründlich heimgesucht. So haben sie bei Riene in der Chausseestraße für 6 000 M. Sünde, bei Knien in der Viktorstraße für 51 000 M. Wellen, bei Epstein in der Wilhelmstraße für 51 000 M. Silberstücke, bei dem Schloßherrenher Keller in der Wddingstraße für 12 000 M. Buch- und Kleiderwaren am goldenen Sonntag selbst haben die Einbrecher zahlreiche Einbrüche verübt. Viele Wohnungen, deren Inhaber zum Einbruch oder zur Erholung ausgegangen waren, wurden von ihnen befallen.

Die Kreisvertreterversammlung des 16. Kreises Cöpenick beschäftigte sich mit der Zusammenziehung des Bezirksamts. Es wird daran festgehalten, die Erhöhung der Mitgliederzahl auf 11 zu verlangen; dabei sollen die Hauptgewerbetreibenden nicht Mitglieder des Bezirksamts sein. Gegen eine evtl. Wahl des Cöpenicker Stadtamts Ringer wurde energisch Stellung genommen, an seiner Stelle soll Gemeindevorstand Perlich aus Friedrichshagen als Bezirksamtsrat vorgeschlagen werden. Ferner wurde unsere Genossen in der Bezirksversammlung empfohlen, eine weitestgehende Demokratisierung der Verwaltung anzustreben.

Abdank hielt Genoss. Wüthel ein Ackerat über die kommenden Landtagswahlen. Als Kandidaten sollen dem Bezirksrat vorgeschlagen werden für Teltow-Deetow: die Genossen Franz Krüger, Friedrich Partz, Luise Köhler, G. Blahme, und für Niederbarnim: Adolf Wüthel.

Das Weihnachtsstippenspiel der Deutschen Kinderhilfe kann heute abend nicht stattfinden. Die beiden Aufführungen sind zusammengelegt auf Dienstag, 8 Uhr, im Landwehrkasino.

Konwales, Gemeindevorstand. Zunächst verlas der Syndikus eine Resolution des Mieterverbandes, in der die Sozialisierung von Grund und Boden gefordert wird; ferner sollen die von der Gemeinde gebauten Mietwohngebäude unerschüttert sein. Der Syndikus betonte, daß betreffs der Sozialisierung andere Instanzen maßgebend seien, zum zweiten habe die Vertretung seinerzeit beschlossen, erst zu verhandeln und erst später zu verhandeln. — Die Aufteilung des Gutsbezirks Potsdam-Nord ist eine lebhaft besprochene. Vom Komitee liegt ein Plan vor, auf dem die Teile, die unterer Gemeinde zugewiesen werden sollen, gekennzeichnet sind. Es soll ein Vergleich herbeigeführt werden ob die Gemeinde mit der Engemündung einverstanden ist. Der Syndikus empfiehlt, dem vorerwähnten Plan im Prinzip zuzustimmen unter der Bedingung, daß auch der Gutsbesitzer, welcher zwischen unteren neuen und alten Ortsteilen liegt, und einer anderen Gemeinde inerteil werden soll, auch nach Konwales eingemeindet wird. Schöffe Neumann machte den Landrat des Kreises Teltow, von Adenbach, für diese Einweisung verantwortlich, der mehrere Teile Klein-Glienicke einverleiben will, wo er keinen Wohnort hat, um dann später unserer Gemeinde noch weitere alte Mieterkategorie Ostteile am Gröbenweg zu entziehen. Konwales möchte aus dem Kreise, für den es ein Drittel familiärer Löhne aufzubringen hat, austreten und zur Stadt erhoben werden. G. W. Karpus tritt für Abweisung sowie Einberufung eines außerordentlichen Kreisrates ein. Dem Vorschlag des Syndikus wird zugestimmt. — Da die Mittel für den katholischen Religionsunterricht in den hiesigen Lehranstalten durch Gemeindefiskus vom 8. Oktober 1919 abgelehnt sind und der Landrat mit Zwangsstaufhebung droht, war eine erneute Stellungnahme erforderlich, die wieder zur Ablehnung führte. — Einer Nachweisung von 11 400 M. wurde zugestimmt. — Ein Antrag des Gemeindevorstandes Friedrichs, die vom Reich beschlossenen erhöhten Kinderzulagen nach Klasse B sofort auszugeben, wurde mit Rücksicht darauf, daß am 15. Dezember die Zahlung eines Gehaltssteuers erfolgt, abgelehnt.

## Groß-Berliner Parteinarichten.

### Redungskunden der S.V.D.-Chöre.

Anfragen sind zu richten an R. Schulz, Charlottenburg, Reichstraße 33. Montag 7 1/2 Uhr: Arbeitergesangsverein „Einigkeit“ - Buchholz bei Prenzlauer Berg, Schloßstraße 56. — Frauenchor „Prophet“ - Charlottenburg, Spandauer Weg, Nollentempel 4. — Frauenchor Tempelhof (8-10) im Circus Ruch, Pöhlertstraße, Ecke Lindenstraße. — Dienstag, 8 Uhr: Sog. Männerchor Halleische Tor bei Krause, Mariannenplatz 21. — Männerchor S.V.D. - Panitzsch (8-10) bei Engel, Wilmersdorf 45. — Donnerstag, Sog. Männerchor Reinickendorf, D. H. bei Lindenstraße, Reinickendorf, Ecke Grünr. Weg. — Freitag, 7 1/2 Uhr: Sog. Männerchor Prenzlauer Tor, Wilmersdorf, Schönhauser Allee 130. — Männerchor „Harmonie“ - Charlottenburg, Rula bei Siemens-Oberreut. Güte, Schloßstraße 27. — Sog. Männerchor Marienborn (8-10), Rula in der Köpenicker Straße 5. — Weigenitz (8 Uhr), Pöhlertstraße, Ecke Lindenstraße. — Wiederkehrendes Vorjagwälder, Wilmersdorf, Ecke Köpenicker Straße, Neue Grünstraße 5. — Männerchor Tempelhof (8-10) im Circus Ruch, Pöhlertstraße, Ecke Lindenstraße. Wegen der Abreise: Prenzlauer Tor am Donnerstag, den 20. Dezember bei Goldschmidt, Stolpestraße 36. — „Harmonie“ - Charlottenburg, am 20. Dezember in der Rula, am 2. Januar im Vereinslokal, Schloßstraße 43, Sophie.

### Morgen, 21. Dezember:

Kreis 11 (Schöneberg-Artenbau), Kreisabendstimmung 7 Uhr im Engelhardt, Schöneberg, Karthaus-Str. 187a.

# Wirtschaft

## Friedr. Krupp Dividendenlos.

Während 1916/17 von der Aktiengesellschaft 10 Proz. Dividende ausgeschüttet wurden, ist das Werk seit 1917/18 dividendenlos. Der Reingewinn von 7 1/2 Millionen wird zur Rücklagen, Abschreibungen und 20 Millionen zur Auffüllung des Wohlfahrtsfonds verwendet. Viel beigetragen zu der diesjährigen Gewinnsteigerung hat die Aufführung der Krupp-Direktion die in Uebereinstimmung mit den führenden Persönlichkeiten des Stinnes- und Altkemper-Konzerns schwerste Zeiten für unsere Eisenindustrie bestritten.

Die seinerzeit errichteten Panzerischen Geschützwerke Friedr. Krupp in Rindeln sind an die Akt. Kruppwerke Akt.-Ges. in Nürnberg mit Verlust abgetreten worden. Im laufenden Geschäftsjahr sind an neuen Erzeugnissen weiter hinzugekommen die Herstellung von Papierrollen, Fabrikgetriebe und Spinnmaschinen. Außerdem sei der Pappfabrik in Berlin aufgenommen worden. Zur Förderung des Absatzes sein erachtet worden: die Krupp- und Fabrik-Erzeugnisse, m. b. H. Co. Berlin, Krupp-Erzeugnisse, m. b. H. Co. Dresden, Krupp'sches Werkstätten für Motorfabrikation, m. b. H. Co. Berlin, von Krupp-Kraftfahrzeugen, m. b. H. Co. Berlin, und die Krupp'schen Maschinen, m. b. H. Co. Berlin. Weiterhin hat sich die Firma an der Gründung der Gesellschaft „Depon“ in Rotterdam maßgebend beteiligt, um die Produktion und den Absatz ausländischer Erzeugnisse zu erleichtern. Die Zahl der Beschäftigten hat bei Krupp das Geschäftsjahr 92 200, davon in Essen allein 40 817 betragen.

## Eine neue Großbank.

Unter der Firma Allgemeine Bankverein für Grundbesitz, Handel und Industrie A.-G. soll ein neues Bankunternehmen gegründet werden, die sich allen einschlägigen Bank- und Handelszweigen widmen, besonders aber auch alle diejenigen Aufgaben in den Bereich ihrer Wirksamkeit ziehen wird, vor die die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege die drei großen Erwerbszweige der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie gestellt hat. Die A. G. nennt als für den Aufschwung in Aussicht genommen u. a. den Ostsee-Ostsee von Donnerstag, Großes Embargo-Strömung, Großkaufmann Theodor Althoff (Hamburg), Generaldirektor, Großbank (Königsberg), Winterhagen, Groß Medbergh-Rohsen, Groß Schaffhausen, den Chef der Reichsbank Thun und Reichsbank-Gesamtwaltung Herrn von Hoffmann, den Großkaufmann Dr. Schmidt (Domburg), Erziehung von Oben von der Verwaltung des Reichsbank-Gesamtwaltung u. a. m. Über die vorläufige Leitung der Bank erhebt die A. G., daß Staatssekretär A. T. Moeckle und ein bekannter Bankfachmann, der nach einer leitenden Stellung in einer anderen Großbank inn. hat, für die Leitung des neuen Unternehmens in Aussicht genommen sind. Die Gründung der Bank dessen Grundkapital zunächst auf 100 Millionen Mark festgesetzt ist, wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen erfolgen.

Das Gerücht, daß es bei der Gründung schließlich um Kapital des Kapital handelt, wird als unzutreffend bezeichnet. Der Allgemeine Bankverein hat nichts mit der in den letzten Tagen vielfach besprochenen Gründung einer Hamburger Bank zu tun.

Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919. Die dritte Gewinnverteilung findet Montag, den 8. Januar, von 8 Uhr vormittags an, öffentlich im Saal 11 des Dienstgebäudes der Reichsbankverwaltung, Berlin, Cronenstr. 106, statt.

Lehrerbildung in Nordamerika. Die amerikanischen Stofffabrikanten der Vereinigten Staaten haben, wie dem L. A. aus New York gemeldet wird, eine Lehrerbildung von 25 Proz. und die Textilfabrikanten in New England eine solche von 22 Proz. vom 1. Januar 1921 ab erklärt.

